

Jörg Zimmermann, Kirchstraße 11 b, 65620 Waldbrunn-Hausen

Herrn  
Kreistagsvorsitzenden  
Joachim Veyhelmann  
Schiede 43  
65549 Limburg

**Jörg Zimmermann**

Fraktionsgeschäftsführer  
DIE LINKE. Fraktion im Kreistag  
des Landkreises Limburg-Weilburg  
Kirchstraße 11b  
65620 Waldbrunn-Hausen

Telefon: 06436/ 94 98 31

[j.zimmermann@die-linke-limburg-weilburg.de](mailto:j.zimmermann@die-linke-limburg-weilburg.de)  
[www.nur-wählbar-nicht-käuflich.de](http://www.nur-wählbar-nicht-käuflich.de)

---

**Antrag zur Kreistagssitzung am 11.11.2016:  
MobilitätsTicket für TransferleistungsbezieherInnen**

Waldbrunn-Hausen, den 19. Oktober 2016

Sehr geehrter Herr Veyhelmann,

ich bitte Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der 4. Kreistagsitzung am 11.11.2016 aufzunehmen und im Rahmen der Geschäftsordnung darüber beraten und beschließen zu lassen.

Der Kreistag möge beschließen:

**Der Kreistag Limburg-Weilburg beauftragt die Kreisverwaltung, mit dem RMV in Verhandlungen zu treten, um nach Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung allen TransferleistungsbezieherInnen im Landkreis ein MobilitätsTicket ähnlich dem „MobilitätsTicket für Flüchtlinge in den Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen“ für 17 EUR/Monat anzubieten.**

Begründung:

Die so genannte „Flüchtlingskrise“ macht’s möglich: Wir konnten erleben, dass Vertriebene, die in einer der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen oder ihrer Außenstellen untergebracht waren, Mobilitätstickets erhielten, die sie zur beliebigen Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel im jeweiligen Landkreis berechtigten. Dazu hatten die HEAE einerseits eine Vereinbarung mit dem RMV abgeschlossen und beteiligten andererseits die Vertriebenen durch Abzug einer Eigenbeteiligung von den ausgezahlten Geldleistungen an den Kosten. (Diese Abzüge waren in etwa so bemessen wie der Anteil für Ausgaben für Verkehr an der Regelleistung.)

Dieser Antrag verfolgt das Ziel, ein solches Modell zur Schaffung verbesserter Mobilitätsbedingungen nicht nur für Vertriebene, die von Transferleistungen abhängig sind, zu nutzen, sondern auch für Hartz-IV-BezieherInnen und Menschen, die die „Grundsicherung im Alter“ in Anspruch nehmen müssen.

Dazu soll die Kreisverwaltung mit dem RMV eine Vereinbarung herbeiführen, die das Angebot eines MobilitätsTickets für die ÖPNV-Benutzung im Gebiet des Landkreises an diese Personengruppen zu geringen Kosten ermöglicht.

Die „Schmerzgrenze“ für die Eigenbeteiligung dieser Personen dürfte bei EUR 17,- / Monat liegen, da insgesamt derzeit lediglich ein Anteil von EUR 25,45 in der monatlichen Grundsicherung enthalten ist. Will man also statistisch etwa ermöglichen, dass einmal im Quartal auch eine „Reise“ über die Grenzen des Landkreises hinaus, z.B. nach Frankfurt, möglich sein soll, was für Hin- und Rückfahrt per Regionalbahn ebenfalls mit EUR 23,60 zu Buche schlägt, müssen monatlich EUR 8,- zum „Ansparen“ frei bleiben.

Der Landkreis hätte bei einer solchen Lösung einen etwaigen Fehlbetrag zwischen dieser Eigenbeteiligung der NutzerInnen des MobilitätsTickets und den Kosten der Leistung beim RMV wie auch den Verwaltungsaufwand zur Bereitstellung und Abrechnung der Tickets zu tragen.

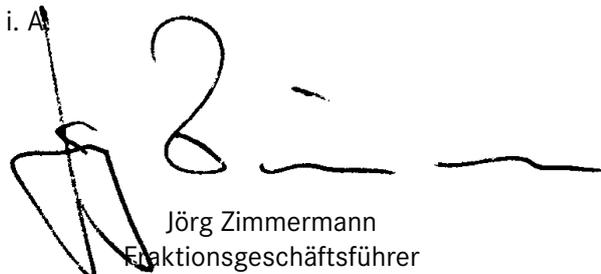
Dem stünden allerdings finanzielle und bürokratische Einsparpotentiale bei der dann nicht mehr erforderlichen Erstattung von Einzelfahrten gegenüber. Durch den Mobilitätsgewinn würden auch der ländlichen Regionen des Landkreises an Attraktivität gewinnen, so dass wegen der dort günstigeren Mieten KdU-Aufwendungen gesenkt und dem Wohnungsmangel in den Städten entgegen gewirkt werden könnte.

Vor allen Dingen aber: Gestärkte Mobilität bedeutet mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für finanziell schwache Menschen, die an vielen Stellen unter Ausgrenzung leiden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.



Jörg Zimmermann  
Fraktionsgeschäftsführer  
DIE LINKE. Fraktion im Kreistag  
des Landkreises Limburg-Weilburg